

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener-Verlag  
Gumbrecht-Verlag  
Für die Redaktion: 20 071.

**Lebeck** KAKAO, SCHOKOLADE  
MARKE DREIRING  
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung  
Markstraße 38/40.  
Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden.  
Telefon-Nr. 1068 Dresden.

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. 7. 25 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mark. Die Einzelnummern werden nach Maßstab berechnet; die 10teil. 30 mm br. 30 A. I. ausm. 35 A. Familienausgaben u. Stellenanzeigen nach Maßstab. Die 10teil. 30 mm br. 30 A. I. ausm. 35 A. Familienausgaben u. Stellenanzeigen nach Maßstab. Die 10teil. 30 mm br. 30 A. I. ausm. 35 A. Familienausgaben u. Stellenanzeigen nach Maßstab. Die 10teil. 30 mm br. 30 A. I. ausm. 35 A. Familienausgaben u. Stellenanzeigen nach Maßstab.

**THÜRMER-FLUGEL-PIANOS**  
Kunstspielpianos  
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat  
Meißen i. Sa., Martinstraße 12

**Wasser-, Reif- und Schwimmiere**  
Wassfach - Seehund - Ente - Seepferd  
von 1a Gummi, zum Aufblasen in verschiedenen Größen  
**B. A. Müller, Hof. Prager Str. 32**

**Stadt Gotha**  
Schloßstraße 11  
Vornehmes Familien-Restaurant  
bietet bei mäßigen Preisen beste Verpflegung in bequemen geliebten Räumen  
Besichtigungen aller Art können bis 50 Personen abgehalten werden

## Abbruch der Pariser Wirtschaftsberatungen.

Fortsetzung im September. — Keine zollpolitischen Kampfmaßnahmen in der Zwischenzeit. Französische Polizei bleibt weiter in Bochum. — Ungewißheit über die Auflösung des Sächsischen Landtages. — Zeigner begnadigt.

### Die offiziöse Mitteilung.

Die Abmachung vom 28. Februar bleibt in Kraft.

(Durch Funktelegraph.)

Paris, 7. Juli. Nach der heute vormittag stattgehabten Unterredung zwischen Staatssekretär Trendelenburg und Handelsminister Chaumeil ist folgendes gemeinschaftliche Communiqué veröffentlicht worden:

Die Führer der deutschen und französischen Wirtschaftsdelegation haben heute gemeinsam die Frage, wie während der Vertagung der Verhandlungen die Verbindungen aufrechterhalten werden soll. Es wurde beschlossen, daß sich die beiden Delegationsführer am 16. September zur Prüfung der Lage wieder zusammenfinden und daß die am 28. Februar getroffene Abmachung erneuert wird, nach der beiderseitig die Verpflichtung übernommen wird, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland nicht durch abschließende oder besonders gegen das andere Land gerichtete Maßnahmen zu stören und nötigenfalls Beschwerden wegen der Handhabung der Ein- und Ausfuhrverbote und Anträge auf Ein- und Ausfuhrbewilligungen wohlwollend zu prüfen.

Da es für notwendig gehalten wurde, schon jetzt einige Punkte festzulegen, die am 16. September von den beiden Delegationsführern geprüft werden sollen, wird Staatssekretär Trendelenburg noch ein bis zwei Tage in Paris bleiben. (S. T. B.)

### Eine Presseerklärung der deutschen Wirtschaftsdelegation.

Paris, 7. Juli. Die deutsche Wirtschaftsdelegation hat der französischen Presse folgende Erklärung übermittelt: Die deutsche Delegation behauptet, daß die seit neun Monaten geführten Verhandlungen nicht so zeitig zum Abschluß gekommen sind, daß die Ratifizierung eines Abkommens durch die Par-

lamentarier der beiden Länder vor ihren Ferien ermöglicht werden konnte. Wie ein am 14. Juni durch das französische Handelsministerium veröffentlichtes Kommuniqué feststellt, hat, glaubt die deutsche Delegation, daß die von Frankreich für die hauptsächlichsten deutschen Exportartikel gemachten Konzessionen (Chemikalien, Maschinenartikel, Kleinwarenprodukte, optische Erzeugnisse, elektrische Artikel, Lederwaren, Keramik und Spielwaren) nicht ausreichen, um das Gleichgewicht herzustellen, das eine Grundlage für ein Handelsabkommen hätte ergeben können. Andererseits hat die französische Wirtschaftsdelegation die von Deutschland gemachten Vorschläge, namentlich was Wein, Woll- und Baumwollgewebe sowie Automobile anbelangt, für ungenügend erklärt. Es ergibt sich also daraus, daß die zwischen beiden Delegationen entstandenen Meinungsverschiedenheiten sich auf wirtschaftlichen Gebieten fundieren, keinen Augenblick dagegen haben in der Diskussion politische Fragen eine Rolle gespielt und in irgend einer Weise die von der deutschen Regierung eingenommene Haltung beeinflussen.

Die in den letzten Tagen hierüber gemachten Bemerkungen entbehren also jeder Grundlage. Handelsminister Chaumeil erklärte heute abend der französischen Presse über die Unterredung der deutsch-französischen Wirtschaftsdelegationen:

Wir haben das Menschennämliche versucht, um rasch zu einem praktischen Ergebnis zu kommen. Der gute Wille der deutschen Unterhändler kann nicht bewiesen werden, aber sie wurden behindert durch Forderungen ausweiser Industrieller und Landwirte. Andererseits haben wir nicht die hauptsächlichsten Industrien unseres Landes opfern können.

So haben es eben die verschiedenartigen Interessen unmöglich gemacht, vor der Beendigung der Parlamentsession, wie man es wünschte, zu einem Abschluß zu gelangen. Unter diesen Umständen haben die deutschen Delegierten es vorgezogen, die Verhandlungen zu unterbrechen.

### Der Kampf um den Finanzausgleich.

Mit steigender Erbitterung wird seit einigen Tagen im Steuerausgleich des Reichstages um die Vorlage der Reichsregierung gekämpft, die seit der Zentralisierung der Erhebung der ergebnislosesten Steuern durch die Erabergerische Finanzreform die allerhöchste Frage des deutschen Steuerwesens betrifft. Es handelt sich dabei um die Neuordnung der Verteilung der vom Reich erhobenen Einkommen- und Umsatzsteuer zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, die deswegen eine grundsätzliche Bedeutung gewinnt, weil sie unmittelbar in das Staatsgefüge selbst eingreift und an die kompliziertesten Fragen des Verhältnisses der Länder zum Reich, des Eigenlebens und der Selbständigkeit der Länder rührt, für die natürlich eine Sicherstellung ihres finanziellen Bedarfs die erste Voraussetzung für die Erfüllung der einzelstaatlichen Aufgaben ist. Man wird darum die scharfen Angriffe des preussischen Finanzministers Köpfer-Richoff gegen das Reich ebenso verstehen können wie die temperamentvolle Keimherung des sächsischen Finanzministers Dr. Reinhold, der im Steuerausgleich mit bitterer Ironie die Anfügung eines Paragraphen vorschlug, nach dem sich die Länder zu entscheiden hätten, ob sie, wenn die Vorlage Gesetz würde, nach dem Verlust ihrer finanziellen Selbständigkeit nicht auch ihre politische Selbständigkeit aufgeben wollten. Ob man mit beratigen Bemerkungen den unbedingt notwendigen sachlichen Ausgleich fördert, mag dahingestellt bleiben, aber man sieht aus der Erbitterung, mit der der Kampf geführt wird, wie schwer es ist, eine befriedigende Lösung dieser heißen Frage zu finden. Seit langem sind die großen Gegenstände, die in Bezug auf den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern bestehen, in jeder Finanzministerbesprechung scharf aufeinandergeprallt, und nichts wäre darum erwünschter, als endlich eine dauernde grundsätzliche Regelung des schwerwiegenden Problems zu treffen, die die innerpolitischen Auseinandersetzungen von einem gefährlichen Konfliktstoff entlastet und die belästigenden Ueberweisungen von Reichsgeldern in der Luft schwebenden Staat der Länder und Gemeinden auf eine feste Grundlage stellt. Daß diese endgültige Regelung durch eine reinliche Scheidung der Steuerquellen, die zugleich die finanzielle Selbstverantwortung der Länder und Gemeinden an Höhe und Form der Steuern wiederherstellen würde, am glücklichsten erreicht würde, kann nicht zweifelhaft sein. Im Herbst vorigen Jahres hat der Reichstagspräsident in Harburg ein derartiges Programm aufgestellt, und auch eine Ausschließung der einzelstaatlichen Finanzminister im Februar dieses Jahres bewegte sich in ähnlicher Richtung. Sie forderte jedoch eine vollständige Ueberweisung der Einkünfte aus der Reichseinkommensteuer an Länder und Gemeinden, was bei den gewaltigen außerpolitischen Verpflichtungen des Reiches und seiner Verantwortung für die Aufbringung der Reparationslasten allerdings nicht in Frage kommen kann, da das Reich nicht völlig auf die Rückgrat der ganzen Steuererhebung bildende Einkommensteuer verzichten kann.

Der Finanzausgleich ist darum heute ein Verteilungsproblem und wird es auch auf absehbare Zeit noch bleiben müssen. Will man aber das Steueraufkommen einigermaßen gerecht und wenigstens für einen längeren Zeitraum bindend verteilen, so muß man zunächst wissen, was zur Verteilung da ist und wo die Grenzen der steuerlichen Belastung liegen, die die deutsche Wirtschaft tragen kann, ohne zu erliegen. Weibes weiß man heute noch keineswegs. Denn einerseits hat die Inflation mit ihrer gewaltigen Umwälzung der steuerzahlenden Bevölkerung jeden Maßstab für das steuerliche Aufkommen beseitigt, andererseits kann die letzte steuerliche Veranlagung von 1922 heute ebensowenig zuverlässige Anhaltspunkte für die Steuerfähigkeit des Volkes bieten, wie das heute noch in Geltung befindliche System der Steuervoranzahlungen mit seinem ruinösen Auspumpen der Betriebsmittel der deutschen Wirtschaft. Mit Recht hat sich darum in den verantwortlichen Kreisen die Auffassung durchgesetzt, daß man auf die jetzigen „ungefähren“ Anhaltspunkte der Vorauszahlungsergebnisse kein für längere Zeit gültiges Verteilungssystem zwischen Reich und Ländern aufbauen kann. Und diese Auffassung hat sich mehr und mehr auch auf den Vorschlag der Regierungsvorlage ausgebreitet, als Ausgleich für die vorgesehene Verfürzung des Länderanteils an der Einkommensteuer der Gemeinden vom 1. April 1926 ab ein Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer zu gewähren. So begründet dieser Plan an sich war, da er einmal wenigstens in gewissem Maße die Selbstverantwortung der Gemeinden an ihren Einnahmen, andererseits aber auch den

## Um die Auflösung des Sächsischen Landtages.

Die Entscheidung liegt bei den 23.

Verhandlung der Auflösungsanträge heute Mittwoch.

Wie schon mitgeteilt, sind auf die Tagesordnung der Diensttagung des Sächsischen Landtages, über die wir an anderer Stelle berichteten, nachträglich noch die beiden Anträge auf Auflösung des Landtages gesetzt worden, die aber erst am heutigen Mittwoch zur Beratung kommen werden, da es ausgeschlossen war, die umfangreiche Tagesordnung ohne Unterbrechung aufzuarbeiten. Ob es zur Auflösung des Landtages kommt, hängt einzig und allein von der Haltung der 23 Rechtssozialisten ab. Wie wir hören, hat sich bis in die letzten Nachmittagsstunden hinein die Situation so gehalten, daß eine Auflösung nicht in Frage kam, denn die Rechtssozialdemokraten waren willens, mit ihren beiden Koalitionspartnern, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten, gegen die Auflösungsanträge zu stimmen, die dann keine Mehrheit hätten finden können, auch wenn zu den Kommunisten und den Linkssozialdemokraten noch die Deutschnationalen getreten wären.

Nach den uns in der sechsten Abendstunde zuteil gewordenen Informationen scheint sich aber die Lage wieder geändert zu haben, und es ist ein Umschwung der Entscheidungsfrage nicht unmöglich. Darauf wird offenbar auch von den Linkssozialdemokraten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln hingearbeitet, denn es fanden fortwährend Konferenzen einzelner Mitglieder beider Fraktionen im Landtage statt. Auch war Toni Sender am Dienstag lange Zeit im Hause; vermutlich zu demselben Zweck.

Wie wir erfahren, sind am Dienstag Mitglieder des Berliner Parteivorstandes in Dresden gewesen, um zwischen den beiden Fraktionen der Fraktion zu vermitteln.

Zurückstellung der Amnestievorlage bis nach den Ferien.

Berlin, 7. Juli. Wie nunmehr feststeht, wird die vielumstrittene Amnestievorlage das Parlament vor den Sommerferien nicht mehr beschäftigen. Es wird mitgeteilt, daß in einer erneuten Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder mit der Reichsregierung, die bis Ende dieses Monats zu erwarten ist, die Amnestieforderung erörtert werden soll.

### Weitere Kämpfe um die außenpolitische Aussprache im Reichstage.

Berlin, 7. Juli. Die parlamentarischen Kämpfe um den Eiderbeipakt und um eine außenpolitische Debatte im Plenum des Reichstages, die zwei Tage lang gerührt hatten, werden am Mittwoch wieder einsetzen, und zwar zunächst in der angekündigten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages. Diese Sitzung, die am Mittwoch vormittag 10 Uhr beginnt, war ursprünglich anberaumt, um einige schwebende Handelsvertragsverhandlungen zu behandeln. Die Sozialdemokraten haben aber in einem schriftlichen Antrag den Vorsitzenden des Ausschusses gebeten, noch die allgemeinen außenpolitischen Fragen mit auf die Tagesordnung zu setzen, weil durch die Erklärungen der Regierung in den zwei Geschäftsordnungsdebatten eine neue Situation entstanden sei. Nach der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wird sich dann der Reichsrat des Reichstages versammeln, vor dem der Reichskanzler die Gründe für eine Verschiebung der außenpolitischen Aussprache mitteilen will. Es steht schon jetzt fest, daß eine Vertagung des Reichstages am 18. Juli nicht möglich ist.

### Wechsel in der Leitung der Handelsvertrags-Verhandlungen mit Rußland.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Berlin, 7. Juli. Der bisherige Leiter der Handelsvertragsverhandlungen in Moskau, Erzengel v. Köpfer, ist nach Berlin zurückgekehrt und von seinem Auftrag entbunden worden. Nunmehr liegt die Leitung der Verhandlungen ausschließlich in den Händen des deutschen Vizekonsuls Grafen Brockdorff-Rantzau.

### Der Berliner Kohlenarbeiterstreik beendet.

Berlin, 7. Juli. Auf Grund des Vergleichsvorschlags, den der Schlichter am Montag gemacht hat, ist der Streik der Kohlenarbeiter und Arbeiter im Berliner Rohlgroßhandel durch Annahme des Vergleichsvorschlags seitens der Arbeitnehmer beendet worden. Die Arbeit ist bereits am Dienstag morgen wieder aufgenommen worden.

### Deutsche Unterzeichnung des Waffenhandelsabkommens.

Berlin, 6. Juli. Der deutsche Delegierte auf der Waffenhandelskonferenz in Genf, General Dr. v. Eckardt, hat am 4. d. M. das Abkommen über den internationalen Handel mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial unterzeichnet. (S. T. B.)